

# „Wer mit der Macht spielt wird scheitern“

Aus Karl Wilhelm Fricke, MfS intern, Köln 1991:

Nachdem sich am 18. Oktober 1989 der Führungswechsel von Honecker zu Krenz vollzogen hatte, war der Fortbestand des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nicht in Frage gestellt. Vielmehr hatte der neue Generalsekretär der SED noch auf dem 10. Plenum des Zentralkomitees, das vom 8. bis 10. November eine dreitägige Krisensitzung abhielt, sogar ausdrücklich „die Erarbeitung eines Gesetzes über die staatliche Sicherheit“ angekündigt, „das auch die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, seine Befugnisse und die Grundsätze seiner Arbeitsweise regelt“. Von Auflösung war keine Rede.

Unter dieser Voraussetzung löste Hans Modrow, der am 13. November 1989 zum Ministerpräsidenten einer DDR-Übergangsregierung gewählt worden war, eine Überraschung aus, als er in seiner ersten Regierungserklärung ankündigte, das MfS abzuschaffen und durch ein Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu ersetzen.

Dem neugeschaffenen AfNS waren 15 Bezirksämter – die früheren Bezirksverwaltungen des MfS – und 211 Kreisämter – die früheren Kreisdienststellen des MfS – unterstellt. Zu seinem Leiter im Ministerrang wurde Wolfgang Schwanz berufen, vormals einer der Vize-Minister für Staatssicherheit im Range eines Generalleutnants und Kandidat des ZK der SED. Zwangsläufig musste so das Amt für Nationale Sicherheit als institutionalisierte und personelle Nachfolgeeinrichtung des Ministeriums für Staatssicherheit erscheinen, zumal auch auf mittlerer und unterer Ebene die Führungskader der Staatssicherheit nicht ausgetauscht waren.

Das unerwartet frühe Ende auch des Amtes für Nationale Sicherheit wurde von zwei Geschehnissen provoziert, die für die politische Krisensituation der DDR zu diesem Zeitpunkt symptomatisch waren.

Erstens wurden die brutalen Ausschreitungen der Polizei- und Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten in den ersten Oktobertagen 1989 in Dresden sowie am 7. und 8. Oktober in Leipzig und Ost-Berlin in den Wochen danach öffentlich kritisiert. Parlamentarische Untersuchungen wurden eingeleitet. Die Führung des MfS, bei der die zentrale Einsatzleitung lag, war auf das schwerste kompromittiert.

Das zweite Geschehen, das die Auflösung der Staatssicherheit vorantreiben sollte, wurde im buchstäblichen Wortsinne ruchbar, als dunkle Qualmwolken aus den Kaminen vieler Dienstgebäude des MfS drangen – verursacht

durch die selektive Vernichtung von Dokumenten und Dossiers, Befehlen und Dienst-anweisungen, Spitzelberichten und IM-Akten, Videofilmen und Tonträgern. Die „Aktion Reißwolf“ begann. Die Aktenvernichtung erfolgte durch Zerkleinern und/oder Verbrennen – woraufhin das bis dahin kaum Vorstellbare geschah: Empörte Bürgerinnen und Bürger drangen in zahlreiche Kreisämter sowie in mehrere Bezirksämter des AfNS ein, so in Dresden, Erfurt, Gera, Leipzig, Rostock, Suhl und in Ost-Berlin, um der weiteren Vernichtung künftiger Beweismittel Einhalt zu gebieten. Spontan bildeten sich Bürgerkomitees, die gemeinsam mit der Volkspolizei und der Staatsanwaltschaft die Kontrolle über die ehemaligen Dienststellen der Staatssicherheit übernahmen.

Das Ende der DDR-Staatssicherheit hatte seinen Anfang genommen.



Vor dem Bezirksamt des AfNS in Rostock, Herbst '89, Foto: Frank Hormann (Agentur Nordlicht)



Besetzung der Kreisamtes des AfNS in Ueckermünde am 5. Dezember '89 nach 48-stündiger „Belagerung“, Foto: Martin Bernhardt

Fernschreiben vom 9.12., 11.00h  
Ministerpräsident  
Amt: Staatsratsvorsitzender  
Präsident der Volkskammer  
Minister für Innere Angelegenheiten / alle NOV  
Minister für Verteidigung  
Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit / alle Bezirksämter für  
Nationale Sicherheit  
Vertreter der in der Volkskammer vertretenen Parteien  
Fernsehen und Rundfunk der DDR und abo

Als Anlage erhalten Sie einen Aufruf zum Handeln.

Das Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera und  
die Kreisämter

Anlage

Hierbei wird morgen Ihr  
Gemeinsam, Kampfgeliebten, Patrioten im In- und Ausland, Bürger  
der DDR

Von tiefem Besorgnis getragen über die gegenwärtige und sich weiter  
jahnstehende innenpolitische Situation in unserer gemeinsamen  
soz. Heimat, DDR, wenden wir uns an euch und an die, für die auch  
Ihr Verantwortung trägt, mit einem Aufruf zum noch möglichen  
gemeinsamen Handeln für die Erhaltung der Nationalstaatlichkeit  
und damit der Existenzgrundlage für das weitere Bestehen der DDR.  
Ihrer Land befindet sich gegenwärtig in einer Phase der revolu-  
tionären Veränderungen. Das Ziel soll und muss ein neues, soziales  
Sozialismus sein, mit dem wir uns einmütig identifizieren. Dieses  
kann wir jedoch nicht erreichen, wenn wir zulassen, daß unserem  
Heim Staat für völlig alle Machtinstrumente aus der Hand genommen  
[gegeben?] werden.

Denarrativen wir die Erkenntnis von Lenin über die Frage der Macht.  
Gemeinsam, Bürger und Patrioten der weitestbaren Front im In- und  
Ausland, wer mit der Macht spielt, sie sich aus der Hand nehmen  
läßt - besonders während einer Revolution - in der wir uns zur Zeit  
befinden, der wird scheitern.

Der muß nicht uns, der diese der Reaktion.  
Gemeinsam, Bürger, mußte richtet sich der mit einem Teiles unserer  
Volkes, geführt durch eine Widerheit unserer Bevölkerung, gegen  
das ehemalige MfS und jetzige Amt für Nationale Sicherheit.  
In unserem Vertrauen gibt es Erreichte, daß Maßnahmen  
erläutern, die an „Volkskammer“, nachdem das Amt für Nationale  
Sicherheit verschlagen ist, schnell auf die Strukturen und Kräfte  
der anderen betroffenen Organe zu lenken, um diese ebenfalls zu  
verschlagen.

Sollte es uns allen gemeinsam nicht kurzfristig gelingen, die  
sollten. Auch die Organisatoren dieser herbeiführen  
Nachschafften gegen die Machtorgane des Staates zu erklären  
und zu propagieren, werden diese Kräfte durch ihre Aktivitäten  
allen weiteren Teil der Bevölkerung gegen den Staat, die Regierung  
und alle gewinnbringenden Kräfte entgegen. Was kommt dann?

Sorgen wir also gemeinsam für die unverzügliche Wiederherstellung  
der Rechtstaatlichkeit - und dies ist unsere Forderung gegenüber  
jedermann.

Gemeinsam, Bürger, daß keine Zweifel aufkommen, auch wir sind  
für die Aufklärung und notwendige Bestrafung bei Fällen von  
Anteilnahme, Korruption und ähnlichen Delikten.  
möglich erhalten vor politische Anrufe aus dem In- und Ausland,  
die zum Handeln bringen, daß wir alles in unseren Kräften stehende  
ten müssen, um unseren soz. Staat in Integrität aller zu schützen  
und zu erhalten.

Diese berechtigten Forderung kann jedoch nur erfüllt werden, wenn  
die betroffenen Organe unserer gemeinsamen Heimat, DDR, weiter  
bestehen und aktiv handeln können.  
Dies schließt nach unseren Verfassungen und den Praktiken und  
Möglichkeiten aller mitwirkenden Staaten dieser Welt die  
Erläuterung eines Organes, welches mit speziellen Mitteln und  
Methoden arbeitet, ein.

Das Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera  
und die Kreisämter

Fernschreiben vom 9. Dezember '89: Der einzige bisher bekanntgewordene Versuch, gegen den Umbruch in der DDR Front zu machen